

Aufgaben der Objektsicherung

Spionageabwehr

Der allseitige Schutz der Institutionen, Einrichtungen und Organisationen im Zuständigkeitsbereich der HA/Abt. XX vor allen feindlichen Angriffen bedingte eine Vielzahl von Maßnahmen, die unter Beachtung der Spezifik der Objekte und des Schwerpunktprinzips umgesetzt wurden.

585

Im Vordergrund stand hierbei die Abwehr der Spionage und der sie begünstigenden Bedingungen. Die Zeit der offenen Grenze nach Westberlin war durch die Massenwerbung von Spionen in Westberlin geprägt, die vorrangig auch in den Staatsapparat, die Justizorgane, politischen Parteien und Organisationen, Verlage und Medien, Hochschulen und Universitäten der DDR eingeschleust oder aus deren Personal rekrutiert wurden. Anwerbungen erfolgten nicht nur durch die Geheimdienste der westlichen Alliierten und der BRD, sondern auch durch von diesen etablierte Agentenzentralen und gewissenlose Nachrichtenhändler.

Darüber hinaus ermöglichte die systematische Befragung einer großen Zahl republikflüchtiger DDR-Bürger durch die westlichen Geheimdienste in den Aufnahmelagern der BRD und Westberlins die Abschöpfung umfangreicher Informationen. Sie bildete eine wichtige Basis der subversiven Angriffe gegen die DDR, darunter auch für die Auswahl (»Tippen«), die Aufklärung und Vorbereitung der Anwerbung oder Abwerbung von DDR-Bürgern durch westliche Geheimdienste, Agentenzentralen und andere feindliche Zentren, Einrichtungen und Organisationen.

Unter den im Sicherungsbereich der HA XX entlarvten Spionen befand sich Elli Barczatis, die von April 1950 bis Januar 1953 als Chefsekretärin des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl tätig war. Sie wurde am 23. September 1955 gemeinsam mit ihrem Agentenführer von der Organisation Gehlen, Karl Laurenz, zu dem sie ein intimes Verhältnis unterhalten hatte, wegen Verbrechen nach Art. 6 der Verfassung der DDR zum Tode verurteilt. In der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtes der DDR hieß es: »Aus ihrer Dienststellung als Chefsekretärin beim Ministerpräsidenten berichtete sie über Besuche westdeutscher Persönlichkeiten beim Ministerpräsidenten, insbesondere über kirchliche Würdenträger. Sie informierte Laurenz weiter über alle sich in Vorbereitung befindlichen Regierungsbeschlüsse, von denen sie Kenntnis hatte, machte Mitteilungen über Berichte, die von der Treuhandstelle für innerdeutschen Handel und dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel herausgegeben wurden und die den Interzonenhandel betrafen, gab Auskünfte über interne Korrespondenz mit anderen Regierungsstellen und den Inhalt der wöchentlichen Arbeitsbesprechungen. Laurenz erteilte ihr auch direkte Spionageaufträge.

«¹²

Sie setzte ihre Spionagetätigkeit auch während des Besuches eines Lehrganges der Verwaltungsakademie »Walter Ulbricht« und ihrer anschließenden Tätigkeit als Hauptsachbearbeiterin und Referentin der Abteilung Wirtschaft beim Ministerpräsidenten der DDR fort, lieferte vertrauliche

586

Unterlagen, berichtete über Arbeitsbesprechungen und Dienstreisen in Großbetriebe der DDR, nannte Mitarbeiter der Regierungskanzlei und gab auch interne Vorgänge aus der Arbeit der Betriebsparteiorganisation und der Gewerkschaftsorganisation ihrer Dienststelle preis.¹³

1951 war es dem amerikanischen Geheimdienst CIC gelungen, in der Stellenplaninspektion der DDR eine Spionagegruppe unter Führung von Werner H. aufzubauen, der weitere Mitarbeiter dieser Einrichtung angehörten. Durch sie wurden in erheblichem Umfang Spionageinformationen, darunter zur Struktur und den Stellenplänen der zentralen Regierungsorgane der DDR an den amerikanischen Geheimdienst ausgeliefert.

Bis 1961 als Spione entlarvt wurden auch mehrere Mitarbeiter des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der DDR bzw. aus seinen nachgeordneten Einrichtungen, Mitarbeiter der Protokollabteilung des Außenministeriums der DDR,¹⁴ ein Abteilungsleiter des Amtes für Jugendfragen, der seinen Auftraggebern über westdeutsche Teilnehmer an Kinderferienlagern in der DDR berichtet hatte,¹⁵ ein Journalist des Verlages »Junge Welt« und andere.

1962 wurde ein Kraftfahrer des Zentralrates der FDJ, der Sekretäre des

Zentralrates der FDJ ausgespäht hatte, festgenommen. 1967 konnte Prof. Frucht, Institutsleiter im Zentralinstitut für Arbeitsmedizin, als langjähriger Spion des amerikanischen Geheimdienstes enttarnt werden. Als anerkannter wissenschaftlicher Experte und Mitglied von Spitzengremien der NVA, der Luftfahrt und des Strahlenschutzes hatte er zum Schaden der DDR umfangreiche und bedeutende Informationen ausgeliefert, u.a. zu Möglichkeiten und Vorkehrungen der DDR zur Abwehr einer biologischen Kriegsführung. Oftmals wurde erst nach der Flucht von Personen aus wichtigen staatlichen und gesellschaftlichen Positionen der DDR in die BRD deren Verrat offenbar – wie im Fall des Sekretärs des Zentralrates der FDJ, Heinz Lippmann. Unter den Bedingungen der real gegebenen Möglichkeiten des Eindringens gegnerischer Kräfte in die Staats- und Justizorgane der DDR nahm die DDR ihr souveränes Recht wahr, im Staatsdienst nur staatsstreue und loyale Bürger anzustellen und zu beschäftigen. In Übereinstimmung mit den Kaderrichtlinien der SED und der Staatsorgane der DDR wurden auch die Überprüfungsmöglichkeiten des MfS mit eingesetzt und genutzt, um abzusichern, daß vor allem auf einflußreiche Positionen nur als politisch zuverlässig angesehene Kader gelangen konnten. Anhaltspunkte oder der Verdacht für das Eindringen oder Wirken feindlicher Elemente wurden durch Maßnahmen der operativen Personenkontrolle bzw. die Bearbeitung Operativer Vorgänge gründlich überprüft und aufgeklärt.

587

Die »Säuberung« des ostdeutschen Staats- und Justizapparates nach dem Anschluss an die BRD – vielfach heuchlerisch mit den Überprüfungen durch die Gauck-Behörde verknüpft – liefert Anschauungsunterricht dafür, wie in der BRD politische Zuverlässigkeit im Apparat der politischen Machtausübung inkl. ihrer juristischen Absicherung durchgesetzt wird. In gleicher Richtung wirkte die bundesdeutsche Berufsverbots- und Verfolgungspraxis gemäß dem sogenannten Radikalerlass, die mit millionenfacher Überprüfung von Bundesbürgern und Berufsverboten für mehr als 10.000 Personen verbunden war. Aber auch außerhalb dieser Praxis waren und sind funktionsbezogene große und kleine Sicherheitsüberprüfungen des Verfassungsschutzes bzw. Anfragen an den Verfassungsschutz vor Personalentscheidungen nach wie vor gängige Praxis.

Mit der Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 wurden die gegnerischen Spionageaktivitäten erheblich erschwert. Sie konzentrierten sich nun vor allem auf Anwerbungsversuche gegenüber Reiseund Auslandskadern der DDR. Die Abschöpfung von Personen, die die DDR verlassen hatten, wurde durch die westlichen Geheimdienste, vor allem die der USA und der BRD, fortgesetzt und weiter perfektioniert. Im Gefolge der internationalen Anerkennung der DDR gewannen die legalen Spionage- und Abschöpfungsmöglichkeiten durch diplomatische Vertretungen und in der DDR akkreditierte Journalisten an Bedeutung.

Die vorbeugende Bekämpfung der gegnerischen Spionageangriffe erforderte vor allem systematische Sicherheitsüberprüfungen solcher Personen, die Zugang zu Staatsgeheimnissen hatten oder in leitenden Positionen tätig waren. Unter den spezifischen Bedingungen der DDR standen hierbei die Aufklärung und Kontrolle von Verbindungen nach der BRD und Westberlin im Vordergrund. Besondere Relevanz erlangten die Rückverbindungen republikflüchtiger Personen. Für Personen in sicherheitspolitisch bedeutsamen Bereichen wurden Verbote von Westkontakten bzw. entsprechende Meldepflichten wirksam. (Sicherheitsüberprüfungen, Verbot, Einschränkung und Kontrolle von Kontakten gehören übrigens auch zum selbstverständlichen Repertoire westlicher Abwehrdienste.)

Eine weitere wichtige Säule der vorbeugenden Abwehr der gegnerischen Spionage bildete der Geheimnisschutz. Die Hauptabteilung XX arbeitete hierbei eng mit der Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG) zusammen.

Aufgabe der Dienstseinheiten von HA/Abt. XX war es, das staatliche Regime des Geheimnisschutzes in konstruktivem Zusammenwirken mit den staatlichen Leitern und den Leitern der VS-Stellen durchzusetzen, Ver-

588

stöße gegen die festgelegte Ordnung, Ursachen, begünstigende Bedingungen und Umstände hierfür aufzuklären und zu beseitigen und entsprechende Vorkommnisse bzw. Verdachtshinweise, wie Diebstahl oder Verlust von

Verschluß-Sachen (VS)¹⁶, die unbefugte Offenbarung bzw. Preisgabe von Staats- und Dienstgeheimnissen zu untersuchen und auszuwerten. Das bezog sich auf die Überprüfung und Begrenzung des Personenkreises, der Zugang zu Staats- bzw. Dienstgeheimnissen hatte, auf die sichere Aufbewahrung und den lückenlosen Nachweis von VS-Sachen und natürlich auch auf alle Versuche, sich unberechtigt Kenntnisse über den Inhalt von VS-Sachen zu verschaffen bis hin zu deren Verbringung in das westliche Ausland. Aufgaben des Geheimnisschutzes bildeten eine Haupteinsatzrichtung der IM.

Etwa ab 1970 hatten sich in der Tätigkeit der HA/Abt. XX folgende Schwerpunkte der Spionageabwehr und des Geheimnisschutzes herausgebildet:

- Bereiche der staatlichen Führung auf der Ebene des Ministerrates und der Räte der Bezirke;
- Forschungsvorhaben der Universitäten und Hochschulen der DDR, die auf Weltspitzenleistungen orientiert waren oder militärisch genutzt werden konnten;
- Forschungen und Forschungsergebnisse auf den Gebieten der Sportwissenschaft, Sportmedizin, Trainingsmethodik und des Sportgerätebaus, mit denen die internationale Spitzenstellung des DDR-Sportes gesichert wurde;
- Verhandlungskonzeptionen für politische und kommerzielle Verhandlungen mit Partnern im westlichen Ausland sowie Aufgaben aus Abkommen und Verträgen mit der BRD und anderen westlichen Ländern, z. B. im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Wissenschaftler-Austausches;
- Maßnahmen und Kapazitäten in Vorbereitung auf den Verteidigungszustand (von besonderer Bedeutung erwiesen sich hierbei z. B. die Kapazitäten des Gesundheitswesens der DDR angesichts der realen Bedrohung durch eine bakteriologische oder chemische Kriegsführung, d. h. die Leistungsfähigkeit der epidemiologischen, Blutspende- und Hygiene-Institute);
- Strategisch bedeutsame Knoten, Planungen und Investitionen im Fernmeldenetz der DDR (bis zur Übernahme dieser Aufgaben durch die HA XIX 1985).

Personell rückten die Auslands-, Reise- und Verhandlungskader der DDR für Einsätze im westlichen Ausland bzw. für Verhandlungen mit westli-

589

chen Partnern in den Mittelpunkt der Abwehrarbeit des MfS. Dieser Personenkreis wurde vor einer Bestätigung durch die zuständigen staatlichen Leiter seitens des MfS sicherheitspolitisch überprüft, was bei zwei bis drei Prozent der überprüften Personen dazu führte, die Ablehnung des entsprechenden Einsatzes zu empfehlen.

Die Entscheidungen dazu lagen ausschließlich bei den jeweiligen staatlichen Leitern, die allerdings in den meisten Fällen die sicherheitspolitischen Bedenken des MfS akzeptierten und seinen Empfehlungen folgten.

Das gesamte Verfahren war durch eine Ordnung des Ministerrates verbindlich geregelt und wurde durch eine Inspektion des Ministerrates der DDR zentral geleitet und koordiniert.

Der hauptamtliche Apparat der SED war für die operative Arbeit des MfS tabu. Hier durften weder Inoffizielle Mitarbeiter geworben noch ohne ausdrückliche Genehmigung der SED-Führung operative Maßnahmen durchgeführt werden. Eine Ausnahme bildete die im Auftrag der Kaderorgane der SED erfolgende sicherheitspolitische Überprüfung von hauptamtlichen Mitarbeitern und Nomenklaturkadern des ZK der SED, die vor ihrem Einsatz bzw. ihrer Bestätigung durch eine Arbeitsgruppe der HA XX, zuletzt durch die HA XX/10, realisiert wurde. Die Ermittlungsergebnisse der HA XX hatten auch in diesen Fällen nur Empfehlungscharakter: die Entscheidungen wurden durch die jeweiligen Gremien der SED getroffen.

Bekämpfung des illegalen Verlassens der DDR und der Übersiedlungersuchen

Ein permanentes Problem der Objektsicherung ergab sich aus dem Verlassen der DDR durch Mitarbeiter (inklusive deren nächsten Familienangehörigen) der zu sichernden Objekte und Einrichtungen.

Der für die DDR hierdurch entstandene ideelle und materielle Schaden war enorm. Deshalb waren die Mitarbeiter der HA/Abt. XX angehalten – selbst als Anfang 1961 Monat für Monat 25 bis 30.000 Bürger über die

offene Grenze die DDR verließen –, auch den kleinsten Hinweisen auf die Vorbereitung sogenannter Republikfluchten nachzugehen. Immer wieder wurde versucht, durch Informationen an staatliche Leiter und Parteisekretäre Quellen für Unzufriedenheit und persönliche Verärgerungen als Motive des Verlassens der DDR auszuräumen und Konfliktsituationen zu beseitigen. All das blieb aber ein ungleicher Kampf gegen die Verlockungen des Wirtschaftswunderlandes BRD und den Ärger im eigenen Land. Dieser Kampf konnte mit den Mitteln der Sicherheits- und Rechtspflegeorgane und damit auch des MfS nicht gewonnen werden.

590

Die Maßnahmen des 13. August 1961 brachten zwar zunächst eine spürbare Entlastung, beseitigten aber nicht die gesellschaftlichen Ursachen dieses Problems, das die Entwicklung der DDR bis zu ihrem Ende mit wachsender destabilisierender Wirkung begleitete.

Abgesehen von der Bekämpfung der Schleuser- und Menschenhändlerbanden und des gezielten Abwerbens von DDR-Bürgern war es ein verhängnisvoller Fehler der Partei- und Staatsführung, in erster Linie das MfS

sowie Dienstzweige der Volkspolizei und der Bereiche Inneres der Räte der Bezirke und Kreise mit den Aufgaben der vorbeugenden Verhinderung des Verlassens der DDR zu beauftragen. Die maßgebenden Ursachen konnten damit nicht beseitigt werden. Die mit diesem Problem verbundenen grundlegenden politischen und sozialen Fragen wurden ignoriert oder verdrängt.

Für die Objektsicherung im Bereich der HA/Abt. XX ergaben sich hieraus zwei grundlegende Aufgabenstellungen. Es galt, Versuche des illegalen Verlassens der DDR – sei es durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen, über andere sozialistische Länder oder durch Verbleib bei dienstlichen und privaten Reisen im westlichen Ausland – rechtzeitig aufzudecken und zu verhindern. Dazu mußte in den einzelnen Objekten vorbeugend gearbeitet werden.

Im Zentrum dieser vorbeugenden Tätigkeit standen umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen vor der Genehmigung von dienstlichen und privaten

Reisen, darunter auch Reisen in dringenden Familienangelegenheiten. Diese Sicherheitsüberprüfungen erfolgten in Abhängigkeit von der Bedeutung der betreffenden Personen und der Anlässe ihrer Reisen äußerst differenziert. Sie reichten von gründlichen Ermittlungen, die auch nahe Verwandte einschlossen, bis zu einfachen Karteiüberprüfungen. Parallel erfolgten ebenfalls in differenzierter Form Ermittlungen und Karteiüberprüfungen seitens der territorial zuständigen Organe der Volkspolizei. Einen Schwerpunkt bildeten auch hierbei die Kontrolle der Rückverbindungen republikflüchtiger Personen, die nicht selten Ausgangspunkt von Abwerbungsaktionen unter Freunden, Bekannten und Verwandten waren, sowie eine umfassende analytische Arbeit zur Aufdeckung von Ursachen und begünstigenden Bedingungen und die Ableitung entsprechender Empfehlungen an die staatlichen Leiter und die Parteiorganisationen.

Die entsprechenden Aufgabenstellungen waren eng mit der Spionageabwehr verbunden und zum Teil identisch. Wer sich entschlossen hatte, die DDR zu verlassen, war in besonderem Maße für westliche Geheimdienste ansprechbar. Er kannte in der Regel weitere Personen, an denen westliche Geheimdienste Interesse besaßen und konnte bei der Verbindungsaufnahme

591

zu ihnen behilflich sein. Fast immer war er auch bereit, nach einem Übertritt in die BRD sein gesamtes Wissen zum Schaden der DDR zu offenbaren. In einzelnen Sicherungsbereichen der HA/Abt. XX wurde die Verhinderung des Verlassens der DDR zur dominierenden Aufgabe. Das betraf beispielsweise das Gesundheitswesen. Bei den Personen, die durch Menschenhändlerbanden aus der DDR ausgeschleust wurden bzw. die DDR auf anderen Wegen verließen, nahmen Ärzte und mittleres medizinisches Personal Spitzenplätze ein.

Diese Tatsache gab wiederholt Anlaß zu tiefgründigen Analysen. Diese ergaben eindeutig, daß kaum politische Feindschaft zur DDR, sondern fast ausschließlich materielle Gründe den Entschluß zum Wechsel in die BRD maßgeblich bestimmten. Der deutlich höhere Verdienst bei vergleichbaren Tätigkeiten, der Zugang zu modernster Medizintechnik, Reisemöglichkeiten inklusive der jederzeit möglichen Teilnahme an internationalen Kongressen, die bessere Ausstattung der Krankenhäuser, der allgemeine Status der Mediziner in der Gesellschaft und ähnliche Faktoren motivierten zum Verlassen der Republik.

Notwendige Veränderungen scheiterten vor allem an den nicht ausreichenden wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR. So führten Empfehlungen des MfS an das ZK der SED, wie auch die umfangreichen gemeinsamen Anstrengungen mit dem Ministerium für Gesundheitswesen und vielen Partei- und Staatsfunktionären zur Beseitigung begünstigender Bedingungen für das Verlassen der DDR durch Mediziner, nur zu bescheidenen Verbesserungen der Lage des medizinischen Personals und in den entsprechenden medizinischen Einrichtungen.

Bei Gastspielreisen von Theatern und Orchestern der DDR in das westliche Ausland verließen relativ häufig einzelne Mitglieder ihr Ensemble. Da diese eingespielte Teams mit perfekter Arbeitsteilung waren, konnten nur in Ausnahmefällen einzelne Mitglieder vor Reiseantritt aus ihnen herausgelöst werden. Auch Bühnenarbeitern oder Beleuchtern mußte deshalb, selbst wenn Hinweise auf ein beabsichtigtes Verlassen der DDR vorlagen, die Teilnahme an Auslandstourneen gestattet werden. Angesichts der bis zum Ende der DDR und vor allem in den letzten Jahren ständig steigenden Zahl von Gastspielreisen resultierten hieraus komplizierte sicherheitspolitische Probleme. Hinzu kam, daß die Liste prominenter Künstler und Kulturschaffender der DDR, denen durch das ZK der SED de facto ständige Genehmigungen für Reisen in das nichtsozialistische Ausland erteilt wurden, immer länger wurde. Die entsprechenden Entscheidungen traf zumeist der zuständige Sekretär des ZK der SED, Prof. Kurt Hager.

592

Ab Mitte der 70er Jahre mehrten sich – vor allem unter Berufung auf den KSZE-Prozess – auch in den Objekten der HA/Abt. XX Anträge auf Übersiedlung in die BRD. Hierbei bildete der medizinische Bereich den absoluten Schwerpunkt. Wie in anderen Verantwortungsbereichen des MfS auch, versuchten die Mitarbeiter der HA/Abt. XX – allerdings nur mit bescheidenem Erfolg – Antragsteller zur Rücknahme ihres Antrages zu bewegen, die Motive für deren Ausreiseabsicht herauszufinden und ihnen zugrunde liegende Ursachen und begünstigende Bedingungen zu beseitigen bzw. zurückzudrängen. Die Entwicklung einer »gesellschaftlichen Front« gegen die Antragstellung blieb aber auch im Verantwortungsbereich der HA/Abt. XX in den Anfängen stecken, obwohl vor allem auf Initiative des MfS – oftmals in engem Zusammenwirken mit den Abt. Inneres der örtlichen Räte – durch staatliche Leiter und Funktionäre der SED zahlreiche individuelle Gespräche mit Antragstellern geführt und Anlässe persönlicher Unzufriedenheit (bis hin zur Beschaffung angemessenen Wohnraumes) beseitigt wurden. Nur etwa jeder 20. Antragsteller konnte zur Korrektur seines Entschlusses bewegt werden.

Überzogene staatliche Reaktionen auf die Antragstellung (Kündigungen, Ablösung von Funktionen u. ä., was allerdings niemals in die Arbeitslosigkeit führte), die zunächst vorherrschten, wurden auf Drängen des MfS aufgegeben. Nur im Bereich des Ministeriums für Volksbildung wurde bis zuletzt selbst Hausmeistern von Schulen bei Antragstellung fristlos gekündigt. Nicht wenige Antragsteller nahmen von sich aus, ohne durch staatliche Maßnahmen dazu veranlaßt zu sein, Tätigkeiten in Einrichtungen und Organisationen der Kirchen auf – in der nicht unbegründeten Annahme, ihre Übersiedlungsersuchen auf diese Weise zu beschleunigen. Übersiedlungsersuchen kirchlicher Amtsträger wurden großzügig genehmigt, so daß sich die Kirchen veranlaßt sahen, eine Weiterbeschäftigung solcher Personen in der BRD und Westberlin zu untersagen.

Bekämpfung von Sabotage, Diversion, Bränden, Havarien und Störungen

Wenn auch in der Dimension nicht vergleichbar mit analogen Aufgabenstellungen des MfS bei der Sicherung der Volkswirtschaft der DDR, waren auch im Verantwortungsbereich der HA/Abt. XX der Kampf gegen Sabotage und Diversion sowie die vorbeugende Verhinderung und Aufklärung von Bränden, Havarien und anderen Störungen wesentlicher Bestandteil der Objektsicherung. Diese Seite der Abwehrarbeit war vor allem bei der Sicherung des Post- und Fernmeldewesens, des Rundfunks und Fernsehens der DDR sowie der störungsfreien Produktion von Druckereien bedeutsam.

593

1955 waren die neu erbauten Sendesäle des DDR-Rundfunks in Berlin-Oberschöneweide vorsätzlich in Brand gesetzt worden. Der Sachschaden betrug zwei Millionen Mark.

Neben der Untersuchung von Vorkommnissen etwa bei der Zerstörung von wichtigen Fernmeldekabeln oder dem Ausfall von Druckmaschinen wurden auch auf diesem Gebiet umfangreiche vorbeugende Maßnahmen in den Bereichen der Objektbewachung und des Brandschutzes veranlaßt. IMS und GMS wurden in diese Aufgabe mit einbezogen.

Zum Schutz des Fernsehturmes am Berliner Alex mit seinen vor allem für die Rundfunk- und Fernsehübertragungen wichtigen technischen Einrichtungen wurde in der HA XX eine gesonderte Operativgruppe¹⁷ gebildet und eingesetzt, die 1985 durch die HA XIX übernommen wurde.

Einen ständigen Schwerpunkt der Sicherung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) bildeten der zuverlässige Schutz und die Verhinderung jeglichen Mißbrauchs der hier für die vormilitärische Ausbildung von Jugendlichen vorhandenen Waffen, Munition und militärischen Technik (Tauchausrüstungen, Flugtechnik) für terroristische und andere kriminelle Gewaltakte, darunter auch ungesetzliche Grenzdurchbrüche.

Diese Aufgabenstellung war eng verbunden mit der sicherheitspolitischen Überprüfung und Aufklärung von Nachwuchskadern der NVA auf solchen speziellen Gebieten, wie Flug-, Fallschirm- und Tauchsport, die in der GST ausgebildet wurden.